Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1914

27 (27.1.1914) 2. Blatt

Visual Library

Nr. 27
2. Blatt.

Badischer Beobachter

Dienstag
27. Jan. 1914.

Rede des Reichstagsabgeordneten Fehrenbach

gehalten in der Reichtagssitzung am 23. Januar 1914.

Meine Herren, wie am 3. Dezember, bin ich auch heute wieder in der gerade nicht beneidenswerten Lage, unmittelbar nach dem Herrn Reichskanzler sprechen zu müssen. Ich kann ihm aber — und ich sage zu meiner Freude — (aha! bei den Sozialdemokraten) versichern, daß ich heute seinen Ausführungen eine andere Resonanz entgegenbringen kann als denen vom 3. Dezember. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) — Ich verstehe Ihr Aha nicht. Das, was am 3. Dezember als Resonanz aus meinem Munde gegenüber den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers kam, bleibt in vollem Umfange aufrecht erhalten. Aber das, was er heute gesagt hat, hat zum größten Teil auch die volle Billigung meiner Freunde gefunden; und ich habe das Bedürfnis, gleich jetzt namens meiner Freunde zu sagen, daß wir in dem Bestreben, nicht weiter in den Wunden zu wühlen, sondern

die Wunden zu heilen,

mit ihm gern einig gehen wollen (Bravo! rechts und im Zentrum), daß wir aber von der Reichsregierung die sichere Erwartung hegen, daß sie ihrerseits alle Maßnahmen ergreift, die zur Gesundung dieses wunden Körpers notwendig sind. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Ich kann auch des weiteren mit dem Wort des Herrn Reichskanzlers einverstanden sein, wenn er von den „trüben Fluten" gesprochen hat, die durch den Fall Zabern aufgewühlt worden sind. Wenn er darunter die Ausführungen über Säbelregiment und rohe Soldateska speziell aufgeführt hat, so ist das ja in Ordnung; auch die gehören zu den trüben Fluten. Aber ich unterstelle vom Herrn Reichskanzler, daß er nicht bloß an diese Ausführungen bei seinem Worte von den trüben Fluten gedacht hat, sondern auch an das viele andere, was seither gegangen ist, an die Beschimpfungen dieses Reichstags, an die Verdrehungen dessen, was damals von uns hier vorgetragen worden ist. (Zuruf links.)

Meine Herren.

unter den Anwürfen,

die gegen den Reichstag vom 3. und 4. Dezember gerichtet worden sind, sind ganz besonders bemerkenswert die, die hier in Berlin von dem derzeitigen Rektor der Berliner Hochschule auf dem Kommerse deutscher Studenten gemacht worden sind. Der Herr hat gesagt:

> **Und was für einen Reichstag haben wir erleben müssen! Einen Reichstag, der auf Zeitungsgeschwätz und demagogisches Gerede hin den Mut gehabt hat, die Mißtrauensvoten auszuteilen, die er jetzt vielleicht auf den Knieen zurücknehmen wird.**

Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dove:** Herr Abgeordneter, verzeihen Sie einen Augenblick. Sie befinden sich im Irrtum, wenn Sie jenen Redner für den Rektor ansehen. Ich möchte nicht, daß Mißverständnisse entstehen und was Sie sagen, nachher an einer falschen Person hängen bleibt. Es war der Professor Roethe, den Sie meinen.

Fehrenbach, Abgeordneter: — Ich bin dem Herrn Präsidenten zu Dank verpflichtet. Ich habe es irgendwo gelesen, daß es der Rektor der Universität war. Aber es ist der Herr Geheimerat Roethe. Wir sind ja darüber einig, daß der Kasernenton sich wesentlich unterscheidet von der Aussprachsart höherer Mädchenschulen; wir sind auch darüber einig, daß in vorgerückter Abendstunde der Ton von Kommersreden ein anderer ist, als auf dem Katheder der Universität. Aber was dieser Herr an mildernden Umständen für sich in Anspruch genommen hat, übersteigt doch das zulässige Maß. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Es ist nur das Eigentümliche: er scheint sich in seinen Vorlesungen nicht anders zu geben als in seinen Kommersreden. Der Freiburger Germanist Kluge hat ein Büchlein geschrieben „Zur Nachfolge Erich Schmidts", und darin hat er dem Herrn bestätigt:

> Wir anderen Germanisten hören oft von den amüsant sein sollenden Redewendungen, mit denen Geheimrat Roethe namhafte Gelehrte und wichtige Werke kritisiert, zu denen er keine entsprechende Gegenleistung aufzuweisen hat.

(Heiterkeit im Zentrum und links.) Es wird dann von „Mißbrauch der akademischen Redefreiheit" gesprochen und „seiner Eigenart anmaßender Beurteilung" bei einer Gedächtnisrede auf Erich Schmidt.

Meine Herren, ich glaube doch, der Bedeutung dieses Geheimrats Roethe schuldig zu sein, seine Beleidigungen nicht so ganz unerwähnt vorübergehen zu lassen und es auch der deutschen Wissenschaft schuldig zu sein, das andere, was ich gesagt habe, hinzuzufügen. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Wenn der Geheimrat Roethe sich einbildet, wir wären jetzt vielleicht geneigt, auf den Knieen das Mißtrauensvotum zurückzunehmen, so täuscht er sich. Ich habe an dem, was ich namens meiner Freunde am 3. Dezember von dieser Stelle aus gesagt habe, nichts zurückzunehmen, aber auch kein Wort zurückzunehmen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich glaube von mir sagen zu dürfen: ich bin kein eigensinniger, kein rechthaberischer Mensch, ich habe mich auch sorgfältig geprüft, ob die Resultate der späteren tatsächlichen Feststellungen mir nicht die Gewissenpflicht auferlegen, hier etwas zurückzunehmen. Aber ich habe mich außerordentlich gefreut, feststellen zu können, daß ich in meinen damaligen tatsächlichen Feststellungen so vorsichtig war, daß später daran aber auch gar nichts geändert wurde, daß noch viel mehr dazu kam, was ich aber, weil es damals nicht feststand, meiner Kritik nicht unterzogen habe.

Meine Herren, ich habe nicht das Bedürfnis, all das zu wiederholen, was damals gesagt worden ist. Aber auf das eine oder auf das andere muß doch ganz kurz wenigstens hingewiesen werden.

Die kriegsgerichtlichen Verhandlungen

haben den Anschein erweckt, als ob da aus dem blauen Himmel heraus tumultuarische Szenen, Aufruhrakte in Zabern sich abgespielt hätten ohne jegliche Reizung, ohne jegliche Veranlassung von militärischer Seite. Deshalb muß hier nochmals hervorgehoben werden, daß allerdings eine nach all den damals von mir eingehend geschilderten Umständen schwere Beschimpfung des ganzen elsässischen Volksteils vorausgegangen war (sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern), daß für eine genügende Sühne nicht gesorgt worden war und daß man es namentlich nicht der Mühe für wert erachtet hat, dem elsässischen Volk zu sagen, daß man für eine Sühne sorgen werde oder gesorgt habe. (Sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern.) Was ein Mitglied der Ersten elsaß-lothringischen Kammer, ein General, über den Ausdruck „Wackes" des Leutnants Forstner und alles, was damit zusammenhing, gesagt hat, möchte ich mir doch nicht zu eigen machen. Er hat, wenn die Zeitungen richtig berichten, erklärt: das elsässische Volk wird doch durch eine solche Aeußerung eines jungen Leutnants nicht beleidigt. Das heißt mir denn doch auch den Stand eines jungen Leutnants etwas zu sehr zurücksetzen, und ich begreife diese Aeußerung im Munde des Generals eigentlich nicht. Die Aeußerung war beleidigend und hat eine Sühne erfordert.

Meine Herren, dabei will ich nicht verschweigen — auch jetzt wieder, um allen Mißdeutungen aus dem Wege zu gehen —, daß eine ebenso ernstliche Rüge auch die sich wiederholenden Ausschreitungen verdienen, die sich damals in Zabern abgespielt haben. Im einzelnen ist das allerdings noch nicht genügend festgestellt. Man weiß auch nicht recht, inwieweit diese Ausschreitungen damals wirklich als innere Unruhen zu charakterisieren sind, und man hat doch so den Eindruck, als ob es nur Bubereien von einigen wenigen gewesen wären. (Sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern.) Aber immerhin soll festgestellt werden: es sind gewisse Ausschreitungen vorgekommen, und man hat die Meinung, daß entweder durch den Willen der Bevölkerung oder durch den Willen der Zivilgewalt diese Ausschreitungen hätten vermieden werden können.

Ich habe am 3. Dezember über Verfehlungen der Zivilgewalt nichts gesagt, weil für mich damals in dieser Beziehung noch nichts festgestellt war. Ich muß allerdings sagen, daß in der Zwischenzeit einzelnes zur Erörterung und Feststellung kam, was man als ein korrektes Verhalten der Zivilverwaltung wohl kaum wird ansehen können. Die Geschichte, die sich da in Straßburg bei dem feinen Diner abgespielt hat, trotz Anbieten eines Extrazuges, hat doch wirklich ihre bedenkliche Seite. (Sehr wahr! — Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Ist nicht richtig!)

Meine Herren, nun sind über diese Vorgänge da drüben die Urteile ergangen und diese Urteile sind rechtskräftig geworden. Vielleicht — ich sage nur: „vielleicht" — ist es zu bedauern, daß diese Urteile in Rechtskraft erwachsen sind. Ich kann mir die Gründe denken, warum man sie in Rechtskraft hat erwachsen lassen, und kann sie auch würdigen. Ich kann namentlich auch den Gesichtspunkt würdigen, daß eine Weiterverhandlung der Sache vor dem Reichsmilitärgericht, selbst wenn sie zu einer Verneinung der Rechtsbeständigkeit der Kabinettsorder vom Jahre 1820 gekommen wäre, das Urteil gegen den Obersten von Reuter doch nicht geändert hätte. In dieser Beziehung sage ich mir nun: es liegen rechtskräftige Urteile vor. Wenn es auch schwer hält, sich ganz ruhig zu diesen Urteilen zu verhalten, als ein Mann, der sein ganzes Leben lang bestrebt war, der Rechtspflege zu dienen, werde ich mich hüten, das Rechtsbewußtsein im Volk zerstören zu helfen.

Meine Herren, ich kann auch nicht in das einstimmen, was der Herr Kollege Frank im allgemeinnen über die Militärjustiz gesagt hat. Ich habe da einige Erfahrungen, ich bin Verteidiger vor dem Militärgericht, seitdem wir überhaupt diese Institution haben; und ich kann der Verfahrensart vor diesem Gericht — ich kann allerdings nur von den Verhältnissen des 14. Armeekorps sprechen —, aber ich kann der Verfahrungsart vor diesem Gericht, ich kann der Objektivität der sämtlichen Urteile, bei denen ich beteiligt war, nur meine ungeteilte Anerkennung aussprechen. Das Urteil, als ob von dem Militärgericht, weil es gegen Kameraden ging, weil es sich um hohe Offiziere handelte, die gerechte Bewertung nicht zu erwarten wäre, ist auch falsch. Ich habe in zwei Fällen zwei in recht hohem Rang stehende Offiziere zu verteidigen gehabt, und ich habe dort das Gefühl gehabt, daß bei einem anderen Gericht als vor dem Kameradengericht diese zwei hohen Offiziere besser weggekommen wären, als sie vor dem Militärgericht weggekommen sind. (Hört! hört! rechts.) Das gebe ich Ihnen zu, meine Herren, der Fall war politisch umwickelt, er war mit militärischen Gesichtspunkten des Ansehens, der Machtstellung usw. umgeben; es war ein politischer Prozeß. Meine Herren, ich bin der Meinung, daß von diesen politischen Gesichtspunkten aus in diesem Prozeß verschiedene Fehler begangen worden sind. Aber ist nicht auch schon bei der Ziviljustiz in politisch aufgeregten Zeiten, bei politisch aufgeregten Richtern das Recht gebeugt worden? (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Herren, was den Fall des

Urteils gegen den Leutnant Forstner

anlangt, so habe ich die Erfahrung gemacht, die ich auch schon vorher vielfach gemacht hatte: die zweitinstanzlichen Urteile sind nicht immer besser als die erstinstanzlichen. (Heiterkeit.) Das Verfahren in der ersten Instanz hat mir nach jeder Richtung hin, vor allem nach der Seite der Gründlichkeit, einen besseren Eindruck gemacht als das Verfahren in der zweiten Instanz. Der Grund, aus Notwehr den Leutnant freizusprechen, bedeutet nach meiner Ueberzeugung geradezu eine Beleidigung für das Militär. Unter diesen Umständen diese Notwehr! Es würde sich weiß Gott ein Zivilmensch dafür bedanken, unter solchen Umständen wegen Notwehr freigesprochen zu werden. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Herren, ich erkenne bei diesem Anlaß an, daß die elsässische Presse aller Richtungen sich gegenüber dem ersten Urteil, das ja mit 43 Tagen Gefängnis geendet hat, ihr Bedauern über die schwere Strafe ausgesprochen hat. Ich stelle das fest, weil es nach meiner Auffassung ein gutes Zeugnis für das Herz der elsässischen Bevölkerung ist. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Was den

Fall des Obersten v. Reuter

anlangt, so habe ich das Bedürfnis, hier zu sagen: die hochehrenwerte Haltung des Obersten, die er dadurch bekundet hat, daß er die ganze Verantwortung auf sich nahm, daß er seine Untergebenen deckte, ist gewiß anzuerkennen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Selbstverständlich!) — Meine Herren, diese Selbstverständlichkeiten werden nicht immer und überall in dem Umfange ausgeübt, wie es der Oberst v. Reuter getan hat. — Ich sage, also das ist durchaus anzuerkennen. Aber auf der anderen Seite ist ebenso richtig, was Kollege von Liszt hervorgehoben hat: die Anschuldigungen gegen die Zivilverwaltung, gegen die richterlichen Personen, gegen die Postverwaltung hätten ihm nicht passieren dürfen. Das hat den Eindruck einer leidenschaftlichen Betrachtungsweise der Sache hervorgerufen.

Ueber das Urteil selbst, wollen wir nichts sagen. Aber wir wollen die Hoffnung aussprechen, daß die Begleitumstände vor dem Urteil: die Voraussage des freisprechenden Urteils, die Begleitumstände nach der Freisprechung: Gratulation und Telegramm, von unseren Zivilgerichten nicht nachgeahmt werden (lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum), und ich hoffe auch, daß das letzte Militärgericht war, das das als taktvoll glaubte tun zu dürfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Solche Gepflogenheiten wären allerdings geeignet, das Vertrauen der weitesten Kreise unserer Bevölkerung in die Justiz zu erschüttern. (Zustimmung im Zentrum.)

Meine Herren, was nun

die Rechtsfrage

anlangt, so ist es ja richtig — der Herr Reichskanzler hat auch darauf hingewiesen —: Schwierigkeiten bei der Rechtsfrage macht nur die Abgrenzung der zivilen und militärischen Gewalt bei inneren Unruhen. Die Vorschriften, die der Herr Reichskanzler aus dem Jahre 1837 zitiert hat für die Wachen, Posten, Patrouillen, Transporte und andere Kommandos haben zu Beanstandungen einen Anlaß nicht gegeben. Auch die Fragen, die Professor Arndt im „Tag" ausführlich behandelt hat und die auch von anderen behandelt worden sind, über die Befugnisse des Militärs aus eigenem Recht, um die militärische Tätigkeit zu schützen, oder über das Recht der Notwehr, mögen im einzelnen Fall Schwierigkeiten bieten, aber zu einer gesetzgeberischen Aktion liegt auch in dieser Beziehung ein Anlaß nicht vor, wohl aber bei der Abgrenzung der Befugnisse der zivilen und militärischen Macht bei inneren Unruhen. Hier hat nun der Herr Kollege von Liszt den Standpunkt in so ausführlicher und ausgezeichneter Weise klar gelegt, daß ich glaube, ich kann auf diese Ausführungen im wesentlichen Bezug nehmen. Es will mir auch scheinen nach der Zusicherung, die der Herr Reichskanzler gegeben hat, daß er selber das Bedürfnis empfindet, daß über die Unsicherheit, die hier besteht, durchaus Klarheit geschaffen werden muß.

Die Dienstvorschriften des Jahres 1899 stützen sich immerhin auf die Kabinettsorder vom Jahre 1820. Ist die Kabinettsorder vom Jahre 1820 neben dem § 36 der preußischen Verfassung in Preußen noch möglich? Ist sie aber namentlich möglich und rechtsbeständig in Elsaß-Lothringen? Nach den Bestimmungen der preußischen Verfassung, glaube ich, könnte die Aufhebung der Kabinettsorder vom Jahre 1820 durch den König ruhig geschehen. Eine Abänderung jener Kabinettsorder aber wäre doch nach Maßgabe der Bestimmungen der preußischen Verfassung, die hier eine gesetzliche

---

Das geheimnisvolle Schiff.

Detektiv- und Seeroman von Fr. Biller.

(Nachdruck verboten.)

15) (Fortsetzung.)

Während unseres Gesprächs, das wir in der Kajüte geführt hatten, begann nämlich das Schiff plötzlich überzukrängen, während der Sonnenschein verschwand und der Raum düster wurde. Wir eilten auf Deck. Das Schiff war in den Wind aufgeluvt, weil das Ruder in Lee gesorrt war und die Segel back standen. Mit vieler Mühe braßten wir um und erhielten volle Segel. „Ich darf nicht weiter südöstlich steuern," sagte Holt; wir nähern uns „allzusehr der afrikanischen Küste. Ueberdies sind wir ganz ohne Besteck; ich kann auf die nächsten zwanzig bis dreißig Meilen nicht sagen, wo wir sind."

So beschlossen wir, zu wenden — auch keine leichte Arbeit für drei Invaliden. Monk stand am Ruder.

„Halt ein wenig! Nicht zu heftig luven, wir könnten sonst zu viel Wasser herüber bekommen!" rief Holt nach hinten, als das Schiff den Bug in eine See rannte. Wir erhielten übrigens nur Sprühregen herüber, da das Fahrzeug ballastet war und hoch auf dem Wasser lag; aber der Rumpf erlitt nichtsdestoweniger eine ordentliche Erschütterung und ein Knall ließ sich hören, als wenn hinten etwas quer durchbräche.

„Ich habe es längst befürchtet— es ist unsere Steuervorrichtung." Holt sprang nach hinten und ich folgte. Richtig, unsere mühsame Arbeit war vernichtet; die Spaken waren gebrochen und die Leinen gesprengt. Das Ruder war locker und schlug fürchterlich.

„Das verheißt eine frohe Weihnacht," sagte Holt. Er stand hinten auf der Hütte und sah bekümmert auf die schweren Seen, die brüllend gegen die Schiffsseite schlugen.

Es war ein harter Tag für uns: die Steuervorrichtung in Ordnung zu bringen, daran war nicht zu denken. Wir mußten uns darauf beschränken, den beschädigten Teil des Takelwerkes zu kappen und so viele Segel als möglich zu setzen, um das Fahrzeug zu stützen, das tot — quer auf den See lag.

Bald fiel es wieder mehrere Striche ab und fuhr weiter, lief auf in den Wind, bis die See den Bug wieder nach der Leeseite zurückwarf. Glücklicherweise blies kein eigentlicher Sturm, sondern nur eine Kühlte, wie die Seeleute sagen, und wie sie dieser Gegend im Sommer eigen zu sein pflegt. Wir hegten keine Besorgnisse um das Schiff; es war dicht und gut. Dagegen begannen wir uns in bedenklichem Grad der Küste Afrikas zu nähern — soviel wir erkennen konnten.

Wir hatten keine Beobachtungen gemacht, seit wir an Bord des „Ozean" gekommen waren, mit Ausnahme einer Mittagshöhe am zweiten Tage. Es fanden sich zwar Instrumente und Tabellen an Bord; aber der Chronometer war fort, sodaß Längenbestimmungen unmöglich waren. Holt hatte wohl eine Art Besteck geführt, so gut er konnte; aber wie der Leser bemerkt haben wird, war unser Leben an Bord des „Ozean" etwas wechselreich und nicht gerade zur regelmäßigen Führung eines Bestecks geeignet.

Während der Nacht nahm der Wind ein wenig ab, und es wurde klar und sternenhell. Als der Morgen anbrach, kam im Südosten Land in Sicht — hohe Berge und eine tiefere Küste davor. Wir mußten ungefähr unter dem 34. Breitegrad sein, und das Land gehörte jedenfalls zur afrikanischen Küste von Kap Mazighan nordwärts.

„Wie weit sind wir von der Küste?" fragte ich.

„Kaum zwanzig Meilen vom Strande," antwortete Holt; „wir sehen noch nicht einmal die äußerste Küstenlinie, sie ist in dieser Gegend stets niedrig."

„Aber dann laufen wir Gefahr, am Land zu stranden!"

„Ja, das ist sicher, und zwar noch vor Abend, wenn nicht der Wind umschlägt oder sich ganz legt."

„Wir müssen ein Boot aussetzen," schlug Monk vor. „Wenn wir mit der Barkasse zustande kamen, werden wir wohl auch eines der beiden andern regieren können, die auf den Galgen liegen."

„Bei dieser See bringen wir es nicht ganz aufs Wasser," antwortete Holt; „aber Du magst wenigstens den Donkey heizen, Frederik!"

„Was willst Du tun?"

„Wir werden die Anker klar machen und sie fallen lassen, sobald das Wasser seichter wird. Der Nordwind nimmt am Abend immer ab, sodaß noch Hoffnung ist, daß das Schiff vor den Ankern liegen wird."

„Gibt's hier einen Hafen?"

„Nein; jedenfalls können wir nicht nach einem solchen steuern; aber in dieser Gegend fällt der Meeresboden gleichmäßig vom Lande ab, sodaß in einer Entfernung von ein paar Meilen vom Ufer auf passendere Tiefe und Sandgrund gerechnet werden kann; ich will jedoch nicht verhehlen, daß die Kette schwerlich halten wird, wenn die See sich nicht legt."

„Und dann?"

„Ja — dann stranden wir, und das Fahrzeug scheitert auf dem Felsen oder wird im Sand begraben."

„Und wir?"

„Wir müssen uns retten, so gut wir können, oder das Leben einbüßen, wenn es nicht anders geht."

„Wir wollen hoffen, daß ein Dampfer vorüberkommt."

„Das würde der reinste Zufall sein. Denn hier ist die ungastlichste Küste der Welt. Wohl laufen einzelne Dampfer der großen Routen die marokkanischen Küstenstädte Tanger, El Arich, Magador und wie sie heißen mögen — alles scheußliche Löcher — an, aber es vergehen oft mehrere Tage zwischen jedem Anlauf."

Es blieb nichts anderes übrig, als sich aufs neue an die Arbeit zu begeben — trotzdem wir ermüdet und überanstrengt waren. Um sechs Uhr nachmittags war alles klar; bis dahin hatten wir uns aber auch der Küste soweit genähert, daß wir den Schaum der fürchterlichen Brandung am Ufer sehen konnten. Sie war nicht mehr als fünf bis sechs Meilen entfernt. Wir warfen das Lot und fanden auf 50 Faden Grund. Glücklicherweise legte sich der Wind nach und nach, je mehr die Sonne sank, und die See nahm merklich ab. Um sieben Uhr hatten wir 30 Faden Wasser und eine halbe Stunde später ließen wir die Anker fallen.

Das Fahrzeug erhob den Bug, wie ein schnaubendes Pferd seinen Kopf erhebt; dann aber tauchte es so in die nächste See hinab, daß das Wasser über Back hereinstürzte — die Ankerketten wurden gespannt, es gab einen Ruck, sodaß wir auf Deck durcheinander taumelten, aber sie hielten. Vorläufig waren wir gerettet; denn der Wind legte sich, und die See glättete sich mit jeder Minute. Todmüde und keuchend warfen wir uns auf die große Luke.

„Wenn man doch jetzt ein Glas Wein oder Branntwein hätte!" Es müssen lauter Temperenzler an Bord gewesen sein. Denn außer der einen Flasche Genever, die wir geleert haben, ist kein Tropfen Alkohol zu finden."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Regelung verlangt, nur im Wege des Gesetzes möglich, und das scheint mir doch auch klar zu sein, meine Herren: man kann in Fragen, wo es sich um eilige Fälle handelt, wo rasch eingeschritten werden soll, sich unmöglich mehr mit einer Kabinettsorder aus dem Jahre 1820 begnügen. In der Zwischenzeit haben wir doch derartige Verkehrsmittel und Verkehrseinrichtungen erhalten, die es geradezu als eine Anomalie erscheinen lassen, wenn eine solche Bestimmung, die auf so eilige, dringende Verhältnisse gerichtet ist, nach 100 Jahren nicht einer Abänderung bedürfen würde.

Die große Mehrheit unserer Rechtslehrer ist der Ueberzeugung, daß die Kabinettsorder von 1820 und damit also auch die Dienstvorschrift von 1899 keine Rechtsgültigkeit mehr haben, und daß deshalb die darauf gerichtete Berufung des Herrn Oberst von Reuter nicht zulässig war. Das gibt doch eine Rechtsunsicherheit, die gehoben werden muß. Es besteht aber noch weiter eine Rechtsungleichheit bei den verschiedenen Kontingenten. Bayern — das ist festgestellt worden — hat seine ganz genauen Bestimmungen. Dort kann bei inneren Unruhen das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörden eingreifen. Ebenso hat Württemberg diese Bestimmung. Es ist durchaus unrichtig — ich meine, darüber sollte kein Zweifel bestehen —, daß der Soldat in seinem Tornister das Recht in ein anderes Territorium mitbringt. Hier gilt das Territorialrecht um so mehr, da es sich nicht nur um die Abgrenzung der Rechte der Militärpersonen handelt, sondern um die Eingriffe in die Rechte der Zivilgewalt, die doch natürlich nach Maßgabe der Vorschriften des betreffenden Landes geregelt sind. Also nicht Kontingentsrecht ist hier maßgebend, sondern ein Territorialrecht.

Wie sieht es in Elsaß-Lothringen aus? Da sind preußische und bayerische Bestimmungen nebeneinander in Kraft, weil beide Kontingente dort ihre Garnisonen haben. Das ist ja unmöglich. Mir scheint § 13 der

Militärkonvention mit Baden

vom 25. November 1870 die Auffassung an die Hand zu geben, die damals in Preußen bezüglich dieser Bestimmungen bestand. Die Konvention sagt in Artikel 13:

> Wenn bei Störung der öffentlichen Ruhe die Polizei den Beistand des Militärs in Anspruch nimmt, so ist dieser Requisition durch den betreffenden Befehlshaber Folge zu geben und geht damit die Leitung der zur Herstellung der Ordnung zu ergreifenden Maßregeln auf den letzteren über; ein selbständiges militärisches Einschreiten ohne vorherige Requisition der zuständigen Zivilbehörde ist nicht statthaft, womit jedoch die Zurückweisung von Angriffen oder Widersetzlichkeiten gegen Militärwachen oder Patrouillen nicht ausgeschlossen sein soll.

Dann heißt es in Absatz 3:

> Die Fälle und Formen, in welchen das Militär gegen Zivilpersonen einschreiten und von seinen Waffen Gebrauch machen darf, werden durch eine, unter Berücksichtigung der betreffenden preußischen Reglements, badischerseits zu erlassende Verordnung geregelt.

Diese badische Regelung ist auch durch die landesherrliche Verordnung vom 3. Februar 1872 erfolgt. Dieser Absatz 3 nimmt aber Bezug auf die betreffenden preußischen Reglements. Dabei stellt er in seinem Hauptsatz das Axiom auf, daß nur auf Requisition der Zivilbehörden hin ein Eingreifen der Militärbehörden stattfinden kann. Diese Militärkonvention mit Baden — das badische Militär ist preußisch — beweist also doch, daß man preußischerseits damals nicht an Reglements gedacht hat, wo das Militär aus eigenem Recht ohne Anrufen der Zivilbehörden eingreifen kann. (Hört! hört!) Ich glaube, daß sich das aus dieser Bestimmung der preußisch-badischen Militärkonvention unwiderleglich ergibt.

Ich habe auch schon wiederholt ein Wort sagen hören, das uns noch weiter beschäftigen wird, das sei ein Eingriff in die Kommandogewalt, an Stelle der Kabinettsorder von 1820 etwas anderes zu setzen. Wie kann man nur ein derartig törichtes Wort aussprechen. (Zuruf rechts.) Ich habe an Sie gar nicht gedacht — (Heiterkeit) angesichts der preußischen Verfassung? Die Verfassung sieht doch genau vor, daß über diese Ausnahmen eine gesetzliche Regelung stattfinden muß. Also ist dies nur durch die Zustimmung des Landtags möglich, und es kann also doch von einem Eingriff in die Kommandogewalt nicht gesprochen werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nun, meine Herren, sind ja aus dem Hause verschiedene Anregungen über die Art der

Herstellung eines ordnungsmäßigen und befriedigenden Zustandes

ergangen. Der Herr Kollege von Liszt hat seinen Gesetzentwurf ausführlich verteidigt. Die Herren von der nationalliberalen Partei sind so weit nicht gegangen. Wir vom Zentrum sind so weit auch nicht gegangen, wir haben nur eine übereinstimmende Regelung durch das ganze Deutsche Reich verlangt unter sorgfältiger Abwägung der Rechte der Zivilgewalt. Meine Herren, wir haben das aus dem Grunde getan: nicht etwa, weil wir der Meinung wären, daß es zu der Gesetzgebung hierüber das Reich nicht kompetent wäre; es ist nach unserer Auffassung, daß es zu der Gesetzgebung hierüber das wären, daß es zu der Gesetzgebung hierüber das über schon Vorschriften in den einzelnen Bundesstaaten, und wir wollen dieser Materie, die sowieso mit Fesseln belegt ist, nicht weitere Schwierigkeiten in den Weg legen. Wir wollten hier nicht in gewisse Stimmungen der einzelnen Bundesstaaten eingreifen, und wir gingen deshalb bei unserem Antrage von der Ansicht aus, es könne in den einzelnen Bundesstaaten geregelt werden, und es sei zu hoffen, daß in allen Bundesstaaten derartige Bestimmungen getroffen würden, die eine gleichheitliche Regelung durch das ganze deutsche Heer garantieren. Wir glauben erwarten zu dürfen, daß wir uns in dieser Hoffnung nicht täuschen.

Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers scheint sich ja in der gleichen Richtung zu bewegen. Ich hoffe nur, daß die Regelung dieser sehr dringenden und wichtigen Frage nicht auf den Nimmerleinstag verschoben wird. Es ist ja allerdings 100 Jahre gegangen, ohne daß sich aus dem bisherigen Zustand Schwierigkeiten ergeben haben. Nachdem aber jetzt einmal die Kabinettsorder vom Jahre 1820 ausgegraben worden ist, wissen wir nicht, was unter einem schneidigen Leutnant in Zukunft passieren könnte. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Herren, die heutige Besprechung gibt uns den zwingenden Anlaß, auch einiges über die Wirkungen zu sagen, die diese Vorgänge, diese Debatten und unsere Beschlüsse auf Elsaß-Lothringen ausüben werden. Der Herr Kollege van Calker hat in seiner warmfühligen, für die Elsässer Interessen so treu eingenommenen Art die Frage gestellt: ist nun alles wieder kaputt? Da glaube ich nun heute, ohne des Optimismus angeklagt werden zu können, sagen zu dürfen:

nein, es ist nicht alles kaputt.

Es sind viele Mißstimmungen und Irritierungen in Elsaß hervorgerufen worden, aber ich habe die Meinung, daß die Elsässer allen Grund haben, mit dem schließlichen Gesamtresultat zufrieden zu sein. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Uns im ganzen Deutschen Reiche, speziell aber uns Nachbarn liegt alles daran, aus Elsaß-Lothringen ein glückliches, aber auch ein treudeutsches Land zu machen. (Bravo! im Zentrum.) Und wenn wir das jetzt den Elsässern sagen können, und wenn sie es zu Hause pflichtgemäß in den Versammlungen ihren Mitbürgern mitteilen, so kann man nur vom besten Eindruck auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen sein. Wenn Sie (zu den Elsaß-Lothringern) den Leuten sagen: wenn uns von irgend einer Seite im Deutschen Reiche Unrecht geschieht, dann ist in Berlin eine Instanz, bei der wir recht bekommen: der Deutsche Reichstag (Bravo! im Zentrum); und wenn die Elsässer draußen im Lande sagen: wir haben eure Schmerzen in unseren Elsässer Kammern eingehend besprochen; und wenn sie darauf hinweisen können, welche einheitliche Auffassung in den Kammern Elsaß-Lothringens, nicht bloß der Zweiten, sondern auch der Ersten, darüber bestand, und welch energisches Eintreten für die gefährdeten Interessen der Elsaß-Lothringer hier bekundet worden ist; und wenn sie weiter darauf hinweisen können, daß das jetzt beinahe der erste Fall war, wo ganz Elsaß-Lothringen in der Bewertung einmütig ist, die Einheimischen und die Alldeutschen; und wenn sie auf das beinahe noch Wunderlichere hinweisen können, daß in diesem Falle auch die elsässer Regierung mit der elsässer Volksvertretung einig gewesen ist (große Heiterkeit), so kann das doch des Eindrucks auf die elsässische Bevölkerung nicht verfehlen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Regierung ist ja auf Abbruch verkauft!) — Ob die Regierung schon auf Abbruch verkauft ist — es tut mir leid, daß ich diesen unfreundlichen Ausdruck von einer Regierung wiedergegeben habe — (Heiterkeit), weiß ich ja nicht. Ich habe ja auch schon über die elsässische Regierung in der Vergangenheit nicht immer lauter freundliche Worte gesprochen. Aber mag das sein, wie es will; jedenfalls habe ich den Wunsch, daß, wenn die Elsässer eine andere Zivilgewalt bekommen, sie eine kräftige, aber verständnisvolle Politik treiben wird, eine bessere als bisher. (Zurufe.)

Eines möchte ich den Elsässern noch ganz besonders sagen. Was haben Sie, als wir

seinerzeit den Verfassungsstreit

geführt haben, für Bedenken gegen die Erste Kammer gehabt! Und nun bin ich in der glücklichen Lage — ich, der ich von Ihnen so viel angefeindet worden bin — (Heiterkeit), Ihnen jetzt zum zweitenmal sagen zu können, daß Ihre Erste Kammer alle Ihre Erwartungen — ja so, Sie haben ja keine guten von ihr gehabt — (Heiterkeit), also daß, wenn Sie gute Erwartungen in bezug auf Ihre Erste Kammer gehabt hätten, die Erste Kammer Ihre besten Erwartungen noch übertroffen hätte. Daraus möchte ich den Schluß ziehen, daß die Verfassung viel, viel besser ist, als Sie sie angesehen haben, und wie Sie sich heute zum Teil wenigstens noch den Anschein geben.

Meine Herren, Sie haben in der elsaß-lothringischen Zweiten Kammer

einige Wünsche an den Reichstag

ausgesprochen. Sie bestehen darin: erstens eine den modernen bürgerlichen Anschauungen entsprechende reichsgesetzliche Abgrenzung der Gewalten. Darüber haben wir gesprochen; das wird hoffentlich kommen. Dann wird gewünscht eine Reform der Militärgerichtsbarkeit. Das ist kein speziell elsässischer Wunsch; das ist eine Angelegenheit, die das ganze Deutsche Reich beschäftigt. Darüber ist schon viel gesprochen worden, und es besteht eine gewisse Einmütigkeit, wie ich glaube, unter sämtlichen Parteien, daß man daran erst gehen kann im Zusammenhang mit der Reform unseres bürgerlichen Strafrechts und unserer bürgerlichen Strafprozeßordnung. Dann wird auch diese Angelegenheit ihre Regelung finden. Weiter haben Sie gesagt, daß Sie einen Ausbau der Verfassung in der Richtung der vollen bundesstaatlichen Selbständigkeit Elsaß-Lothringens wünschen. Ich begreife den Wunsch; wir sind auch gern bereit, Sie in diesem Bestreben zu unterstützen. Die Ausführungen, die der Herr Kollege Dr. v. Liszt über diese Frage gemacht hat, sind zutreffend. Aber, meine Herren, ich glaube, in dem Umfange, wie Sie aus diesen Wirrnissen durch den Ausbau ihrer Verfassung herauskommen zu können hofften, hätte sich das nicht erfüllt. Friktionen zwischen Militär- und Zivilgewalt sind auch in anderen Staaten möglich, die einen Monarchen und keinen Statthalter haben. Das war sogar unter dem alten Kaiser Wilhelm und unter dem alten Großherzog Friedrich in den 70er Jahren in Karlsruhe möglich, und man kann darüber zweifelhaft sein, ob nicht unter der machtvollen Hand des Kaisers solche Friktionen weniger entstehen oder leichter zu beseitigen wären, als wenn Sie in voller selbständiger Staatsausgestaltung einen Monarchen an der Spitze Ihres Landes hätten. (Abgeordneter Peirotes: Wir wollen ja gar keinen Monarchen. — Heiterkeit.) — Von der Republik rede ich nicht. —

Und dann noch eins, meine Herren! Es will alles seine Zeit haben, und ich habe Ihnen ja leider Gottes schon bei Beratung der Verfassungsreform sagen müssen, daß ich Ihre politische Weisheit, das erreichbare einmal anzustreben und zu nehmen, für nicht ganz auf der Höhe der Zeit stehend erachtet habe (oho! bei den Elsaß-Lothringern), als Sie den Kampf gegen die Verfassung führten. In der Zwischenzeit haben Sie aber doch gesehen, daß unter dieser Verfassung doch recht vieles zu machen möglich ist. Sie werden in Gottes Namen noch einige Zeit suchen müssen, mit der Verfassung auszukommen. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Leider!) — Ach Gott, leider! Sie können leben darunter. Ich wünsche Ihnen noch eine bessere, aber vorerst ist sie gut auskömmlich, und wissen Sie, alles kan man nicht über einmal haben. So unbescheiden sind wir bekanntlich nicht. Also suchen Sie sich jetzt auch einmal zu bescheiden mit dem, was Sie glücklich haben.

Aber, meine Herren, nun gestatten Sie, da wir nun doch an den elsaß-lothringer Sachen sind, einige gute Lehren Ihnen bei der Gelegenheit zu geben. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Wir sind sehr empfänglich dafür!) — Ja, ich kann Ihnen nicht helfen. Meine Liebe zu Ihnen ist so groß (Heiterkeit), daß, wenn ich glaube, Sie hätten einige gute Lehren nötig, ich sie unmöglich unterdrücken kann. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Wir nehmen sie gerne an!) Sehen Sie, aus Anlaß meiner Rede vom 3. Dezember habe ich natürlich verschiedene Zuschriften bekommen, auch verschiedene schwer beschimpfende. Ich habe Zuschriften bekommen aber auch von Leuten, die drüben im Elsaß gedient haben, und da sind doch recht viele Beschwerden gewesen, — ich habe sie von anderer Seite bestätigt gehört —, daß das Verhältnis der Zivilpersonen gegenüber dem Militär in Elsaß-Lothringen doch nicht ganz so ist, wie man es durch die Bank im übrigen Deutschen Reich findet. Und dann, meine Herren — ich habe es Ihnen früher schon gesagt —, wenn ich die Schwierigkeit Ihrer Situation auch begreife, aber Sie müssen auf dem Wege weiter marschieren in der Trennung von den nationalistischen Elementen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nur das wird ein volles Vertrauen in Ihre politische Vertretung bei uns hervorrufen. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Mit denen werden wir selbst fertig!) — Ich will es hoffen, ich will es hoffen. Aber es schien mir nicht unnötig gewesen zu sein, das Ihnen auch zu sagen. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Wir haben doch mit der Sache nichts zu tun!) Es wird draußen im Reich — ich habe es vielfach gehört — was Sie, die Zentrumspartei von Elsaß-Lothringen, auch der einzelne Redner äußert, anstrebt, politisch unternimmt, regelmäßig der Zentrumspartei des Deutschen Reichs in die Schuhe geschoben. (Zurufe von den Elsaß-Lothringern: Umgekehrt, den Elsaß-Lothringern!) Meine Herren, wenn Ihnen drüben im Elsaß die Tätigkeit des deutschen Zentrums bös angenagelt wird, dann ist das für mich ein ganz erfreuliches Zeichen der Gesinnung in Elsaß-Lothringen. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Sie sind doch nicht unfehlbar!) — Ich bin nicht unfehlbar, aber meine Ueberzeugung darf ich Ihnen vortragen. Ich wollte Ihnen nur in aller Objektivität sagen, daß Sie sich damals als eigene Partei aufgetan haben. Haben Sie es getan nach Ihrem besten Wissen und Gewissen, dann haben wir nicht darein zu reden. Aber das werden Sie auch uns nachempfinden, daß es uns nicht angenehm sein kann, wenn wir, die ohne jeglichen Einfluß auf Sie sind, wegen der Gleichheit des Namens die Verantwortung mit sollen tragen helfen (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Das verlangen wir nicht!), für Sachen, die wir von unserem Standpunkt, unserer Anschauung aus eben nicht tragen können. (Wiederholter Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Das verlangen wir gar nicht!) — Das verlangen Sie nicht, aber es geschieht vielfach im Deutschen Reich auf Grund der Identität des Namens und deshalb glaubte ich, es ist notwendig, das hier festzustellen. Aussichten eröffne ich weiter gar nicht. Wollen Sie glücklich den Weg machen, den Sie für den besten halten, wenn Sie dabei nur auf dem Wege sind der festen Angliederung als treue Bürger in unser Deutsches Reich.

Sie beklagen sich, daß Ihr

Parlamentarismus

vielfach angegriffen wird. Meine Herren, wir sind auch Partikularisten, bayerische, württembergische, badische Partikularisten. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Die preußischen?) — Ach, die preußischen, darüber braucht man heute gar nicht zu reden, dieser Partikularismus steht natürlich fest —; aber bei aller Eigenart und bei aller Abart wollen wir nur im Rahmen des deutschen Nationalstaates unsere Stammeseigenart bewahren. (Ruf von den Elsaß-Lothringern: Wir auch!) So wünschen wir auch, daß Sie nicht ein besonderer Baum sein sollen, sondern ein starker Ast an dem kraftvollen deutschen Baum. (Zuruf von den Elsaß-Lothringern: Das wollen wir! Das haben wir nie anders gesagt!) — Das freut mich; ich habe es von dem Herrn Kollegen Ricklin auch nicht anders erwartet; aber der Herr Kollege Ricklin wird mir auch zugeben, daß der eine oder andere in seinem Lande schon zu anderen Ausdeutungen genügend Anlaß gegeben hat. (Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Ricklin: Die verschwindende Minorität!)

Meine Herren, einige Worte muß ich natürlich doch auch noch sagen

über die Angriffe,

die aus Anlaß der Verhandlungen vom 3. und 4. Dezember über uns, über die Parteien des Deutschen Reichstags, herniedergegangen sind. Der Herr Generalleutnant v. Wrochem hat auf dem bekannten Preußentag gesagt — (Unruhe rechts) — ja, es tut mir leid; ich glaube ja, daß es Ihnen schon nachträglich viel lieber wäre, wenn der Preußentag nicht stattgefunden hätte! (Heiterkeit.) Aber wenn einmal eine solche Krankheit sich zeigt, dann wird der kluge Arzt das Messer ganz scharf ansetzen, und wir wollen Ihnen helfen, diese Wunde, die

der Preußenbund

da gezeigt hat, einmal ganz gründlich zu kurieren. Deshalb müssen wir sie bloßlegen und ausbrennen. Also Herr von Wrochem hat gesagt:

> Seit dem 3. Dezember schwebt über unserm Heer eine furchtbare Gefahr. Wenn jetzt der Pöbel aller Stände siegte,

(Unruhe) — es gibt also Pöbel in allen Ständen —

> wäre ein Loch gebohrt in das monarchische Herz.

Meine Herren, man braucht solche Maßlosigkeiten nur in ihrem Wortlaut festzustellen, und sie sind genügend gerichtet. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn wir einzelne Handlungen, und dabei einzelne, ganz wenige Personen einmal namhaft machen, wenn wir glauben, Anlaß zu haben, diese Handlungen von einzelnen Militärpersonen zu kritisieren, dann soll das eine Beschimpfung des ganzen Heeres sein! Ich denke doch, das Heer ist stark und gesund und kräftig genug, um gerade die Kritik einzelner Ausschreitungen in seinem Körper vertragen zu können; sonst wäre es ja ein ungesunder Zustand. Wir wollen ein tüchtiges und starkes Heer, wir schätzen unsere Armee als Schutz des Vaterlandes, als Garantie der staatlichen Ordnung, als Erziehungsanstalt zur Entsagung, Zucht, zum Mut und zur Tapferkeit. Aber sie wird ihre große vaterländische Aufgabe nur erfüllen, wenn sie, aus dem Volke hervorgegangen, mit ihm denkt und fühlt, von seiner wachenden Obsorge treu behütet, von seinem auf Sitte und Tapferkeit gegründten Vertrauen getragen. Deutsches Volk und deutsches Heer dürfen immer nur in untrennbarer Zusammengehörigkeit gedacht und genannt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Meine Herren, man redet nun auch viel von den

Eingriffen in die Kommandogewalt.

Dieses Sprüchlein hatte man zum erstenmal, glaube ich, benutzt im Jahre 1906 bei der damaligen Reichstagsauflösung. Es hat einige Erfolge gezeitigt, und deshalb benutzt man nun dieses Sprüchlein vom Eingriff in die Kommandogewalt seitdem reichlich bei passenden und unpassenden Gelegenheiten. Im preuß. Herrenhauss hat Herr Graf York v. Wartenburg als Einmischung in den kaiserlichen Oberbefehl unter anderem bezeichnet: Beschlüsse des Reichstags über Ersatz von aktiven Offizieren durch inaktive, über Abänderung der jetzigen Pensionierungsgrundsätze, über Besetzung von Kommandanturen mit inaktiven Offizieren, über den Verzicht von Bundesfürsten von einigen Adjutanten, und der Generalleutnant von Wrochem hat unter Nennung des Namens Erzberger unter anderem von Angriffen auf das monarchische Heer und die Kommandogewalt gesprochen, „wie sie dreister und unverschämter nicht zu denken wären". Meine Herren, das ist der Dank für die Bemühungen, die gerade mein Kollege Erzberger für eine bessere Ausgestaltung der Besoldungs- und Pensionierungsverhältnisse des Militärs aufgewendet hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich weiß nicht, welche Charakterisierung, wenn ich sie in Worten zu geben hätte, ich diesem General zu erteilen haben würde.

Der Mehrzahl nach hat man es bei all dem, was aufgezählt worden ist, um Budgetforderungen zu tun, um Sätze, die in unseren Militäretat eingestellt sind. So war es auch bei der Wehrvorlage mit den drei umstrittenen Kavallerieregimentern und mit den Stadtkommandanturen. Meine Herren, ich bin von Anfang an für die strittigen drei Kavallerieregimenter eingetreten, ich habe für die Stadtkommandanturen sogar zwei Reden gehalten (Heiterkeit.) Aber zu dem Wahnwitz würde ich mich doch nicht versteigen, daß ich die Ablehnung dieser Stadtkommandanturen oder auch die Ablehnung dieser drei Kavallerieregimenter als einen Eingriff in die Kommandogewalt bezeichnete. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das sind Budgetforderungen. Die Regierung bittet uns, Ja zu sagen, und bei allem, wo man ein Ja erbittet, muß man auch darauf gefaßt sein, daß ein Nein kommt. Und wenn die Versagung einer Budgetforderung einen Eingriff in die Kommandogewalt bedeutet — meine Herren, logisch, unanfechtbar! —, dann bedeutet auch die Bewilligung einen Eingriff in die Kommandogewalt. (Sehr gut! im Zentrum.) Und dann bedeutet einen Eingriff in die Kommandogewalt auch schon die Anforderung, deren sich die Reichsregierung durch die Aufstellung des Reichsbudgets einfach schuldig macht. (Sehr richtig! und Heiterkeit im Zentrum.) Meine Herren, Sie sehen schon, zu welchen Widersinnigkeiten solche aufgebauschten Phrasen führen. Das Ende an der ganzen Sache wäre nichts anderes als der reine Absolutismus.

Meine Herren, welche Kritik ist an dem Reichstag geübt worden! Auch mir gefällt er nicht. (Große Heiterkeit.) Wenn er nach meinem Herzen sein sollte, müßte er eine wesentliche andere Zusammensetzung haben. Aber der Reichstag ist einmal die Vertretung des deutschen Volkes, die eine würdige Behandlung verlangen darf, die Volksvertretung mag zusammengesetzt sein, wie sie will. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das erwarte ich von den anständigen Elementen des Reiches. (Sehr gut! im Zentrum.) Nicht in diesem Zusammenhange natürlich, aber erwähnt muß es doch werden: ein Kollege aus dem Hause hat drüben im preußischen Abgeordnetenhaus von einer Strömung im Volke gesprochen, die unbedingt verlangte, daß alles, was unsere Rüstung erforderte, bewilligt würde, und die die Volksvertretung zum Teufel gejagt hätte, die dem nicht Folge gab. Ganz freundlich ist ja die Ausdrucksweise nicht. (Heiterkeit.) Aber einen Trost habe ich: auf dem nicht ganz ungefährlichen Weg zum Teufel würden wir uns dann immerhin auch in der höchst ehrenwerten Gesellschaft des Herrn Redners selbst befinden. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, es ist eine verfluchte Geschichte: in den Orkus kann man leicht kommen; aber nicht ganz sicher ist, wer wieder herauskommt. (Heiterkeit.) Der angefochtene Satz — ich habe ihn zweifellos richtig zitiert — (Abgeordneter Graf v. Westarp: Aber nicht richtig ausgelegt!) — Wie kann man ihn anders auslegen? — Also, meine Herren, der Satz wurde im Zusammenhang mit der Kritik über die Erledigung der Besitzsteuerfragen ausgesprochen, und da möchte ich denn

---

„Halt!" Monk erhob sich mit nachdenklichem Gesicht. „Jetzt hab' ich's! Unten in dem Räuberlager auf dem Ballasthaufen habe ich Flaschen gesehen, die nicht alle leer zu sein scheinen."

Er verschwand eilig im Raum und kehrte alsbald triumphierend zurück. Eine ganze Flasche Rum und eine halbe Portwein hatten die Hallunken übrig gelassen.

Ich glaube nicht, daß je ein Trunk einem sterblichen Menschen besser geschmeckt hat, als uns jener Tropfen auf der Luke des „Ozean". Er gab uns Humor und Kraft wieder, und schon wenige Minuten später hantierte Holt so ruhig in der Kombüse, als ob er in seinem Leben nichts anderes getan hätte, als Ragouts zu kochen.

Die Gefahr einer Strandung war einstweilen beseitigt. Die Ankerketten hingen schlaff aus den Klüsen und streckten sich nur dann, wenn die schwere Dünung den Bug hob. Es war beinahe still und die südliche Nacht senkte sich auf drei matte und dankbare Männer, die den Schlaf des Gerechten schliefen. Von einer Wache war in dieser Nacht keine Rede. Das Schiff stampfte und rollte schwer in der Dünung, was uns aber nur um so besser schlafen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

doch auch noch ein Wort sagen. Darüber täuschen Sie sich doch ja nicht: gewiß, die Wehrvorlage hat die einstimmige Billigung der weitesten Kreise des deutschen Volkes gefunden; die Regelung der Deckungsfrage ganz zweifellos nicht, und da wäre unter Umständen eine Auflösung des Reichstages wegen der Regelung der Deckungsfrage sehr verhängnisvoll für diese Kreise gewesen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Daß bei Ihnen, meine Herren, speziell in Preußen, die Art, wie ursprünglich vorgeschlagen war, die Deckung vorzunehmen, Beifall gefunden hat, das begreife ich. Ihre direkten Steuern in Preußen betragen auf den Kopf der Bevölkerung etwa 9 Mark, in Baden betragen sie auf den Kopf der Bevölkerung über 15 Mark. (Zuruf rechts: Sind auch viel reicher!) Wir hätten unsere Einkommen- und unsere Vermögenssteuer in einer derartigen Weise erhöhen müssen bei der von Ihnen gewünschten Art der Regelung, daß damit die Selbständigkeit unserer Bundesstaaten geradezu gefährdet gewesen wäre (sehr richtig! im Zentrum), und wenn wir auch viel, viel kleiner sind als das mächtige Preußen, aber gerade so existenzberechtigt wie das mächtige Preußen sind wir auch, und das bitte ich bei der Behandlung dieser Frage denn doch in Berücksichtigung zu ziehen.

Meine Herren, der Herr Generalleutnant von Wrochem hat dann gesprochen „von einem Wutgeheul in der höchst gemischten Gesellschaft, die sich heute Deutscher Reichstag nennt". Eine solche Beschimpfung muß der Reichstag sich gefallen lassen, der ein halbes Jahr vorher die Wehrvorlage geschaffen hat! (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Und wenn der Herr Graf York sagt: „Diese notwendige Verstärkung der Armee ist nicht ohne die widerwärtigsten Debatten zustande gekommen", so muß ich wirklich sagen: ganz gewiß, über die Art der Deckungsfrage sind sehr schwere Debatten entstanden, auch über die Art der Wehrvorlage ist manches hin und her geredet worden, gewiß; aber von widerwärtigen Debatten hier im Reichstage zu reden — wie ist das möglich, wenn man dem deutschen Volk diese Blut- und Gutlast auferlegt, die die Wehrvorlage und die Deckungsvorlage gebracht haben? Und dann noch einem Parlamentarier zuzumuten, daß er das mit einem Hurra im Verlauf einer Woche alles einsteckt, das sind Zumutungen, die außerhalb jeder Würdigungsweite stehen. (Sehr gut! im Zentrum.) Wie ist es in Frankreich, dem berühmten Frankreich, das uns früher immer vorgehalten wurde wegen seines patriotischen Eifers, wenn es sich darum handelt, Militärvorlagen zu bewilligen? Wie lange haben die gebraucht, bis sie endlich zur Einigung gekommen sind? (Zurufe.) Sehen Sie, noch nicht einmal fertig sind die! Die haben ein viel weniger erfreuliches Bild geboten, und ich kann sagen: das Jahr 1913 war für den Opfersinn des deutschen Volkes

ein Ruhmesjahr,

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links) und das zu beschimpfen, dazu gehört ein eigentümlicher Mut. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Meine Herren, der Antrag York im Herrenhause und die Preußendebatten haben die Bedeutung einer unübersteigbaren Mauer zwischen dem deutschen Süden und dem deutschen Norden oder, richtiger ausgedrückt, zwischen dem preußischen Nordosten und dem übrigen Deutschland. (Sehr richtig!) War das nötig, meine Herren, — war das nötig? Wo sind denn die positiven Uebergriffe des übrigen Deutschland in speziell preußische Verhältnisse? Unsere deutschen Stämme haben gottlob von alters her die Eigenart, daß sie ein bißchen über einander räsonnieren, sich auch mit bösen Namen belegen. Als Biergespräch wird das weiter keinen Schaden anrichten. Aber was da jetzt in Berlin in Szene gesetzt wurde, das beginnt gefährlich zu werden (sehr richtig!), und die Gefährlichkeit dessen, was hier angebahnt worden ist, ergibt sich aus der Freude des Auslandes. Lassen Sie uns doch unser bißchen Demokratie (Heiterkeit.) Einige tragen ohnehin nicht schwer an ihr (große Heiterkeit); und für andere ist es nur eine hübsche Dekoration. (Erneute Heiterkeit.) Wir schätzen dafür die preußische Zucht und den Schneid, und was den Preußen vielleicht das Erfreulichste ist: wir beneiden sie um ihre glänzenden Staatsfinanzen. Stellen Sie sich doch nicht einer guten deutsch-patriotischen Entwickelung hemmend in den Weg! In dem Augenblick, wo Sie den Partikularismus der Elsaß-Lothringer auf die Anklagebank setzen, sind Sie gewillt, die schlimmsten Partikularisten zu werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir anerkennen im Süden vorbehaltlos und herzlich die Verdienste, die sich Preußen um die Wiedergeburt Deutschlands, um die Gründung des Deutschen Reiches erworben hat. Wir arbeiten gern mit Ihnen als Preußen zusammen für unser deutsches Vaterland. Die Woge des staatlichen Partikularismus bei aller Wahrung der stammlichen Eigenart ebbt ab, der Reichsgedanke wächst. (Sehr richtig! links.) Welche Summen von vaterländischen Gedanken und Empfindungen sind nur durch uns Reichstagsabgeordnete bei der Beiprechung der Wehrvorlage bis in die entferntesten Gebirgsdörfer hineingetragen worden! (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Diese kostbare Frucht wollen wir uns durch keinen Hagelschlag verderben lassen. (Sehr gut! im Zentrum.) Meine Herren, nicht Preußenland, nicht Süddeutschland — das ganze Deutschland soll es sein! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Deutschland.

Berlin, 27. Januar 1914.

Ein schlechtes Gedächtnis

hat der im letzten Jahr gewählte nationalliberale Abgeordnete Müller in Rottweil. Der zum Zentrum gehörende Rechtsanwalt Bock in Rottweil hatte von ihm behauptet, er habe die Aeußerung getan, „die Katholiken seien die Dümmsten". Daraufhin drohte Herr Müller dem Rechsanwalt mit Klage. Die Klage wurde aber nicht eingereicht und jetzt hat er in der liberalen „Schwarzwälder Bürgerzeitung" zugeben müssen, die Aeußerung tatsächlich getan zu haben, er redete sich gegen die Aufforderung des Rechtsanwalts Bock (Rottweil), ihn zu verklagen, wenn die Aeußerung nicht gemacht worden sei, dahin aus, sie sei ihm nicht mehr in Erinnerung gewesen, sonst hätte er nicht mit einer Klage gedroht; auch behauptet er jetzt, er könne „ruhig sagen, daß die Erklärung anders gemeint gewesen sei, als jetzt verwertet werden solle."

Aus Hessen. Hessische Blätter erfahren von zuständigen Stellen, daß die Vermögenssteuer-Erklärungen zum Wehrbeitrag zu überraschenden Ergebnissen inbezug auf den Umfang der Steuerhinterziehungen in früheren Jahren geführt haben. Es sind ganz erhebliche Summen zum Vorschein gekommen, die bisher weder zu den Staats-, noch zu den Gemeindesteuern herangezogen werden konnten.

Ausland.

Frankreich.

Die Uenza-Affäre in der französischen Kammer. Die französische Kammer hat am Freitag die Erörterung der Uenza-Interpellationen wieder aufgenommen. Jaurès sprach über die deutschen, in Uenza interessierten Minenbesitzer. In diesem Zusammenhang erklärte er: Ich bin gegen Deutschland nicht voreingenommen; man hat mir oft das Gegenteil vorgeworfen. Ich bin davon überzeugt, daß ein dauerhafter Frieden zwischen Deutschland und Frankreich notwendig ist, der vorbereitet werden muß durch ein Zusammenarbeiten der beiden Völker. In Uenza aber handelte es sich um eine Betriebsführung, die bis zum Monopol ging. Jaurès beschwor die Regierung, Uenza nicht ungewissen oder zweifelhaften Gruppierungen auszuliefern. (Lebhafter Beifall auf zahlreichen Bänken.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten, David, erklärte, Algerien habe daran denken müssen, seinen Erzen Absatz zu verschaffen. Hierin liege der Grund, daß 31 Prozent des Geschäfts in den Händen von Metallindustriellen seien und 36 Prozent in den Händen von Geldleuten. Das französische Interesse sei gewahrt, da ja 67 Prozent des Kapitals rein französischer Besitz, 33 Prozent in ausländischem Besitz seien. Aber diese ausländischen Gesellschaften hätten noch französische Teilhaber, was den Anteil des fremden Kapitals vermindere. Der Minister schloß mit der Bitte, sich zu einer friedlichen und gerechten Lösung der Frage zu vereinigen.

Arbeiterzeitung.

Die christlichen Gewerkschaften.

Köln, 26. Jan. In einer am 16. Januar, abends, in der „Bürgergesellschaft" vom Gewerkschaftskartell der christlichen Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung sprach der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, über die letzten Vorgänge innerhalb der christlichen Gewerkschaften, wobei er besonders auf den Kölner Gewerkschaftsprozeß und seine Begleiterscheinungen zurückkam, der, durch die Quertreiberpresse verschuldet, zwei Gruppen eine entscheidende Niederlage gebracht habe, nämlich einigen führenden Quertreiberblättern im katholischen Lager und den beklagten sozialdemokratischen Blättern. Stegerwald erklärte zu dem Vorwurf, daß man den Prozeß angestrebt und dadurch katholische kirchliche Autoritäten und die Enzyklika vor ein Gericht gebracht habe: Die durch Quertreiberblätter verschuldete verwirrte Situation konnte auf keinem anderen Wege, als durch den Prozeß endgültig geklärt werden. Eine vollständige Verdrehung der Tatsachen ist es, daß christliche Gewerkschaftsführer sich durch ein weltliches Gericht hätten bescheinigen lassen, daß sie sich einer päpstlichen Enzyklika nicht unterworfen hätten. Ob Unterwerfung oder Nichtunterwerfung unter die Enzyklika, das hatte mit dem Beweisthema des Prozesses nichts zu tun. Der Redner wandte sich gegen die von gewisser Seite erfolgte tendenziöse Berichterstattung über den Verlauf des Prozesses und erklärte, er hätte es ablehnen müssen, solche Stellen aus dem Prozeßbericht zu berichtigen, die kirchliche Autoritäten verletzt hätten. Die christlichen Gewerkschaften seien keine kirchlichen Organisationen. Wenn er die Stellen berichtige, die katholische kirchliche Autoritäten verletzen, so hätten die evangelischen Mitglieder auch verlangen können, die Stellen zu berichtigen, die von Seiten der Sozialdemokratie darauf berechnet waren, erneutes Mißtrauen in die evangelischen Volksteile hineinzubringen. Die Integralen bezeichnet Stegerwald als hilflose Gesellschaft, die durch Fanatismus zu ersetzen suche, was ihnen an Geschick und ruhiger Ueberlegung abgeht. Die christlichen Gewerkschaften sind keine kirchlichen Organisationen, sondern genau so wirtschaftliche Organisationen wie alle anderen Interessengruppen. Sie sind für ihr Aufgabegebiet ebenso selbständig, wie die Arbeitervereine ihre Aufgaben selbständig erledigen.

Zu den Auslassungen des Kölner Erzbischofs mit Bezug auf die Gewerkschaften erklärte Stegerwald: Ich nehme hierzu keine Stellung, obwohl ich die Zusammenhänge genau kenne und obwohl eine Auslassung nicht zu Ungunsten der christlichen Gewerkschaften ausfallen würde. In absehbarer Zeit wird sich wohl der Erzbischof selbst zu diesem Vorgang äußern oder die katholischen Arbeitervereine damit beauftragen. Ich äußere mich zu diesen Vorgängen nicht, weil in den letzten Jahren infolge des Gewerkschaftsstreites zu Unrecht auf den christlichen Gewerkschaften das Odium lastete, sie seien kirchliche Organisationen. Im übrigen würden sich für die Folgezeit die christlichen Gewerkschaften auf den Streit im katholischen Lager nicht mehr einlassen.

Soziales.

Der wahre Charakter der „Volksfürsorge".

Bei der Propaganda für die „Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Volksfürsorge" haben die sozialdemokratischen Agitatoren wiederholt mit dem Mittel gearbeitet, die sonstigen Versicherungsgesellschaften, insbesondere die gemeinnützige „Deutsche Volksversicherung", als kapitalistisch hinzustellen. Demgegenüber dürfte es von Interesse sein, einmal die Organisation der „Volksfürsorge" näher zu beleuchten. Man wird dabei zu dem keineswegs überraschenden Ergebnis kommen, daß die „Volksfürsorge" vor anderen Gesellschaften nichts voraus hat und namentlich auch den Versicherten nichts besseres bietet. Was zunächst die als besonderen Vorzug hingestellte Beschränkung der Dividende auf 4 Prozent anbetrifft, so steht die „Volksfürsorge" keineswegs allein; denn bekanntlich ist auch bei der „Deutschen Volksversicherung" die Verzinsung des Aktienkapitals auf 4 Prozent beschränkt. Ueberdies besteht noch ein recht wesentlicher Unterschied in der Verteilung des Reingewinns zwischen der „Deutschen Volksversicherung" und der „Volksfürsorge", der aber von der „Volksfürsorge" aus guten Gründen verschwiegen wird. Bei der „Deutschen Volksversicherung" müssen nämlich die Versicherten vorab mindestens 80 Prozent des Reingewinns erhalten, während bei der „Volksfürsorge" zunächst den Aktionären ihr Aktienkapital sichergestellt wird, und die Versicherten sich mit dem, was dann noch übrig bleibt, begnügen müssen. Ebenso wie die Versicherten der „Volksfürsorge" bei der Gewinnverteilung hinter den Aktionären zurückstehen, entbehren sie auch bei der Verwaltung jeglicher Rechte. Im Gegensatz zu der „Deutschen Volksversicherung", bei der den Versicherten ein umfassendes Mitverwaltungsrecht durch weitgehende Beteiligung im Aufsichtsrat und Bildung eines nur aus Versicherten bestehenden Verwaltungsrats gewährleistet ist, setzt sich der Aufsichtsrat der „Volksfürsorge" lediglich aus den Vertretern der Aktionäre zusammen. Die Versicherten haben nicht einmal das Recht auf Zutritt zur Generalversammlung. Unterzieht man endlich die Versicherungsbedingungen der „Volksfürsorge" einer Prüfung, so merkt man, wie wenig Wert ihren anscheinend vielverheißenden Versprechungen beizumessen ist. Es klingt zwar sehr schön, wenn in den Flugblättern und Propagandaschriften die Behauptung aufgestellt wird, daß kein Pfennig des eingezahlten Geldes den Versicherten jemals verloren geht und dabei auf die Höhe der bei den bürgerlichen Versicherungsgesellschaften angeblich verfallenen Prämien hingewiesen wird. Demgegenüber muß jedoch festgestellt werden, daß ein Versicherungsnehmer bei der „Volksfürsorge", der genötigt ist, seine Versicherung nach Ablauf einiger Jahre zu kündigen, nur vier Fünftel der Prämienreserve zurückerhält; er muß sich also einen Abzug gefallen lassen, wie er bei anderen Gesellschaften wohl kaum noch vorgesehen ist. Die besonderen Maßnahmen, die die „Volksfürsorge" getroffen hat, um den Verfall von Versicherungen zu verhüten, bestehen im wesentlichen nur darin, daß sie abweichend von den Gepflogenheiten anderer Gesellschaften bereits wenige Wochen nach Einlösung der Policen beitragsfreie Versicherungen gewährt. Eine derart günstige Behandlung der Versicherungsnehmer, die bereits im ersten Jahre auf die Fortsetzungen ihrer Versicherungen verzichten, dürfte jedoch nicht im Interesse der übrigen Versicherten liegen. Schon die wenigen hier erörterten Punkte dürften genügen, den wahren Charakter der „Volksfürsorge" hinreichend zu kennzeichnen. Sie zeigen, daß die lockenden Versprechungen der sozialdemokratischen Agitatoren nichts anderes sind als: leere Phrasen!

Aus der „Deutschen Volksversicherung".

Einen stattlichen Zuwachs hat die Zahl der Organisationen, die sich der „Deutschen Volksversicherung A.-G." angeschlossen haben, noch vor Ablauf des Jahres 1913 erfahren. Nach dem Stande vom 15. Dezember 1913 hatten sich zur Mitarbeit an den gemeinnützigen Aufgaben der „Deutschen Volksversicherung A.-G." insgesamt 35 Organisationen vertraglich verpflichtet. Zu diesen sind inzwischen zehn weitere Verbände hinzugetreten, nämlich: Bayerischer Bauernverein, Reichs-Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, Süddeutscher evangelischer Jünglingsbund, Mitteldeutscher Verband evangelisch-nationaler Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine, Verband protestantischer Arbeiter- und Bürgervereine der Pfalz, Altmärkischer Gauverband evangelischer Arbeitervereine, Evangelischer Verband zur Pflege der weiblichen Jugend in Groß-Berlin, Verbündete kaufmännische Vereine für weibliche Angestellte, Reußischer Verband christlicher Arbeitervereine, Verband deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig. Weitere Vertragsabschlüsse sind auch im neuen Jahr bereits wieder vorbereitet und werden in Kürze vollzogen werden.

Verbandstage und Kongresse.

:: **Heidelberg**, 26. Jan. Am Sonntag fand hier eine auch aus der Pfalz besuchte Versammlung der Berufstanzlehrer Badens statt, die u. a. aus Heidelberg, Freiburg, Baden-Baden, Karlsruhe, Pforzheim und Ludwigshafen besucht war. Nach der Tagesordnung handelte es sich zunächst um den für den Tanzlehrer noch zu erzielenden Nachweis der fachlichen Qualifikation, sowie über die Frage des „Wandergewerbescheins" in Baden und in der Pfalz. Von der badischen, wie der pfälzischen Behörde wird der Sache Interesse entgegengebracht. Angeregt wurde sodann, einen Zusammenschluß der Tanzlehrer anzustreben, bezw. dem Verein Süddeutscher Tanzlehrer (Sitz Mannheim) als Mitglied beizutreten. Die Versammlung nahm sodann einen Vortrag von Fr. Meisinger aus Darmstadt über die Kulturgeschichte der Tanzlehrkunst entgegen.

Verbandstag der Sattler und Tapeziermeister.

Pforzheim, 25. Jan. Unter dem Vorsitz des Obermeisters der hiesigen Sattler-Innung Riepp fand heute die Tagung des Landesverbandes der Sattler und Tapezierer statt, zu welcher sich ungefähr 60 Delegierte eingefunden hatten. Nach der üblichen Begrüßung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, nach welchem dem Verband in 78 Orten 355 Mitglieder angeschlossen sind. Nach Genehmigung des Kassenberichts hielt Tapeziermeister Stocker aus Pforzheim einen Vortrag über die Anfertigung moderner Ledermöbel, zu welchem Herr Vollmer vom Großh. Landesgewerbeamt noch mitteilte, daß dieses auch fernerhin bereit sei, Meisterkurse einzurichten und zwar in größerem Maßstab, sobald weitere Räume zur Verfügung stehen. Hierauf wurden vier Anträge von Karlsruhe und Mannheim erörtert. Der Karlsruher Antrag bezweckte, den Ausschußmitgliedern Tagegelder und Reiseentschädigung zu gewähren. Der Antrag wurde mit der Abänderung angenommen, daß Fahrgeld 3. Kl. und 5 M. pro Tag, bei Uebernachten 8 Mk. gezahlt werden. Der zweite Karlsruher Antrag verlangte, die Abhaltung der Verbandstage in den Sommer zu verlegen, was nach längerer Debatte angenommen wurde. Von Mannheim wurde der Antrag gestellt, die Fabrikanten von Tapeten usw. zu veranlassen, daß sie den Tapetenhändlern untersagen, an Private und Hausbesitzer Rabatte zu gewähren. Es wurde dabei vorgeschlagen, Einkaufsgenossenschaften und Fabriklager durch die Innung zu errichten. Dem weiteren Antrag Mannheims, eine eigene Haftpflichtversicherung für den ganzen deutschen Verband zu errichten, wurde widersprochen; der Antrag wurde dem Ausschuß überwiesen. Als Ort der nächsten Tagung wurde Freiburg gewählt. Nach der Mittagspause nahm die Versammlung die Wahl der seitherigen Ausschußmitglieder vor. Weiter wurden erörtert die Einführung der Arbeitslosenversicherung (die Versammelten sprachen sich dagegen aus) und die Frage der Heereslieferungen. Abends gegen 6 Uhr waren die Verhandlungen beendigt.

Chronik.

Baden.

):(**Karlsruhe**, 26. Jan. Im Verband deutscher und österreichischer Beamtenvereine finden seit Jahren Fortbildungskurse statt, um die Mitglieder in allen Zweigen des Verkehrswesens, Betriebswesens, Beamtenrechts usw. durch Vorträge von Autoritäten zu unterrichten. In Karlsruhe wurde dieser Kurs vor 2 Jahren abgehalten. Der diesjährige 9. Fortbildungskurs findet von 9. bis 29. März in München statt, wozu von der Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen eine Reihe Eisenbahnbeamten beurlaubt werden.

)!(**Heidelberg**, 26. Jan. Unter Beteiligung zahlreicher hier wohnhafter aktiver und inaktiver Offiziere fand gestern die Bestattung des Generalleutnants z. D. von Winning, Ehrenbürger der Stadt Heidelberg statt. An der Trauerfeier nahmen unter anderem teil Abordnungen des Regiments Nr. 138, Vertreter der Stadt und die Militär- und Waffenvereine, die sämtlich unter entsprechenden Ansprachen Kränze niederlegten.

:?: **Heidelberg**, 26. Jan. Die Mosbacher Staatsanwaltschaft, die in Applerbeck bei Dortmund einen gewissen Natale Daffuri festnehmen ließ, hinter dem sie den entsprungenen Kirchenräuber vermutete, mußte nach näheren Nachforschungen den Verhafteten wieder auf freien Fuß setzen, da sich eine Identität mit dem Kirchenräuber nicht feststellen ließ. Der Irrtum rührt wohl daher, daß der Gesuchte unter dem obigen Namen sich Gegenstände aus Heidelberg schicken ließ.

):(**Ettlingen**, 26. Jan. Im dritten Wahlgang wurde ein Ergebnis für die Besetzung der Vorstandsstelle der hiesigen Krankenkasse erzielt. Sägewerkbesitzer Reuschler wurde zum 1. und J. Höll zum 2. Vorsitzenden gewählt. — Bei einer heute hier abgehaltenen Zwangsversteigerung fielen die auf 48 000 Mark geschätzten Anwesen von Frau Dr. Schmith der Volksbank Ettlingen (2. Hypothekengläubigerin) für 31 000 Mark zu. — In Malsch bei Ettlingen wurde in 3 Wirtschaften während einer Nacht eingebrochen. Es gelang dem auf der Lauer liegenden Löwenwirt Stösser bei dem schon Tags zuvor ein Einbruch verübt worden war, die Einbrecher, zwei arbeitsscheue Tauge nichtse zu überraschen und der Gendarmerie zu überliefern.

k. **Vom Albtal**, 25. Jan. (Wintersportverkehr.) Der heutige prächtige Wintersonntag brachte dem Albtal wieder einen sehr starken Verkehr. Besonders das Preisrodeln in Herrenalb, die trefflichen Skibahnen im Gaistal, bei Dobel u. a. lockten wieder hunderte an. Es war aber auch eine Lust, heute mit dem „Brettle" oder der „Rutscherle" sich zu betätigen, die gesunde reine Luft, die freudigen Gesichter von jung und alt lockten manchen „Hämorrhoidarhius" heute ins Freie. Selbst sehr hohe Semester konnte man auf den Rodelbahnen in jugendlicher Elastizität elegant die schwierigsten Kurven nehmen sehen, während andere in verschwiegenen Winkeln auf dem „Brettle" längst vergessene physikalische Kenntnisse, insbesondere über die Gesetze der Trägheit des Beharrungsvermögens der Schwere und — die Anziehungskraft der Erde auffrischten. Weniger angenehm war die Rückkehr und der erheblich weitere Rückmarsch vom provisorischen Albtalbahnhof. Es wäre sehr zu wünschen, daß der p. p. Stadtrat der Residenz sich einmal wie weiland Harun al Rahsin unter das mit den Abendzügen vom Albtal zurückkehrende „Volk" mischte, um unerkannt alle die frommen Wünsche derer zu hören, die jetzt sehr viel weiter zu laufen haben wie früher. Vielleicht würde dann manches anders oder — auch nicht.

)?(**Offenburg**, 26. Jan. Die hiesige Vorschußkasse kann in diesem Jahre auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

:-: **Konstanz**, 26. Jan. Der Untersee zwischen der Insel Reichenau und Allensbach sowie Radolfzell, ist infolge der andauernden heftigen Kälte seit zugefroren. Auf der glatten Eisfläche tummeln sich heute eine große Anzahl Schlittschuhläufer. Die Züge Konstanz-Radolfzell waren mit Schlittschuhläufern überfüllt. Seit gestern herrscht im ganzen Bodenseegebiet starker Nebel mit Rauhreifbildung. Eine so starke Kälte wie dieses Jahr ist seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Aus Baden. (Ludwig Rexhäuser.) Die „Singener Zeitung" schreibt: Aus dem freundlichen Gebirgsstädtchen Füssen (Bayerischer Allgäu) kommt die Nachricht, daß Ludwig Rexhäuser, einer der fähigsten Köpfe in der freien Gewerkschaftsbewegung und der einstige Führer der Buchdruckergehilfenschaft, nach einem mehrwöchigen, schmerzhaften Krankenlager, Donnerstag nacht gestorben ist. Ein wechselvolles Leben, das einer gewissen Tragik nicht entbehrt, hat damit seinen Abschluß gefunden. Rexhäuser war seit seinem Ausscheiden aus der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Städten (Konstanz, St. Gallen, Breslau) als sozialdemokratischer bezw. demokratischer Redakteur tätig, konnte sich aber infolge seines impulsiven Temperaments und seiner eigenen Ideen nirgends halten; auch der Versuch, ein eigenes Organ in Leipzig herauszugeben, schlug fehl, da ihn die sozialdemokratische Presse ignorierte und er die Fühlung mit den Massen verloren hatte. Wiewohl auf den Rest seines Lebens noch ein dunkler Schatten fällt, so hat der einstige feurige Verfechter des Gewerkschafts-Sozialismus im Angesicht des Todes innere Einkehr gehalten. Rexhäuser, der ein Alter von 50 Jahren erreichte, war schon frühzeitig mit der Kirche zerfallen. Als er seine letzte Stunde gekommen fühlte, verlangte er nach geistlichem Beistand und ist nun nach Empfang der heiligen Sterbesakramente in die Ewigkeit hinüber geschlummert. Diese Kunde wird bei vielen, die ihn kannten, nicht geringes Aufsehen erregen. Bei dieser Botschaft kam uns unwillkürlich das Sprichwort in Sinn: Gottes Wege sind oft wunderbar.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kaisers Geburtstags-Feier.

Berlin, 26. Jan. Heute vormittag kurz nach 9 Uhr sind auf dem Anhalter Bahnhof der Großherzog und die Großherzogin von Baden eingetroffen und haben im Königl. Schloß in den Königskammern Wohnung genommen. Zu gleicher Zeit traf der Fürst von Hohenzollern ein.

Berlin, 26. Jan. Heute abend fand bei dem Kaiserpaare im Elisabethsaal und in der Elisabethgalerie eine Galatafel statt, an der die zur Feier des Geburtstages des Kaisers hier eingetroffenen deutschen Bundesfürsten und Prinzen, ferner die Königin der Hellenen, der Kronprinz von Griechenland, der rumänische Thronfolger und Prinz Carol von Rumänien teilnahmen. Geladen waren ferner u. a. der Reichskanzler, die Gesandten der deutschen Bundesstaaten, der griechische Ministerpräsident Veniselos, Staatssekretär von Jagow, die Kabinettschefs, die Hofstaaten und die Gefolge. Der Großherzog von Baden saß zur Linken der Kaiserin, die Großherzogin von Sachsen, geführt vom Kronprinzen, zur Linken des Kaisers. Herzog Albrecht von Württemberg saß zwischen der Prinzessin Johann Georg von Sachsen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen.

Berlin, 26. Jan. Die „Nordd. Allg. Zeitung" bringt anläßlich des Geburtstages des Kaisers einen Artikel, in welchem es heißt: „Gleich seinem großen Ahnherrn fühlt sich der Kaiser und König als erster Diener des Staates. Für jede seiner Entschließungen ist das Bewußtsein maßgebend, daß sie der Nation fromme. Von der Ueberzeugung persönlichster Verantwortung vor der Vorsehung wird die unverbrüchliche Pflichterfüllung getragen, die zu jeder Stunde das Wohl des Ganzen im Auge hält. Nur der außerordentlichen Willenskraft und unermüdlichen Wirksamkeit konnte es gelingen, nach allen Seiten eine so fruchtbringende Tätigkeit zu entfalten, deren Erfolge jedermann sichtbar sind. Seine Majestät betrachtete es von Beginn an nicht als Aufgabe, das von seinen Vätern übrenommene Erbe lediglich zu verwalten. Dieses Erbe wurde in der Weise gemehrt, wie es niemand vorahnen konnte. Ob es sich um die Sicherung des Reiches durch die Wehrmacht auf dem Lande oder zur See, um die Fortbildung des Rechts, den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, die Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt, die Entwicklung des Bildungswesens aller Stufen, die Unterstützung der Wissenschaft, Kunst und Technik und die Anregung zur allgemeinen Körperpflege handelt, immer wieder begegnen wir der regsten Anteilnahme und dem persönlichen Eingreifen unseres Herrschers, dies alles in einer Zeit, die die angespannte Aufmerksamkeit des Monarchen für die Steuerung des Reichsschiffes durch vielerlei Fährnisse in Anspruch nahm. Eine solche Fülle von Pflichten vermochte nur eine Herrscherpersönlichkeit zu tragen, die von den höchsten Auffassungen über den Sinn des irdischen Daseins für den Einzelnen wie für das Volk beseelt ist. Aus den Ereignissen vor 100 Jahren entnahm der Kaiser die dringliche Mahnung, daß nicht kriegerische Lorbeeren, nicht Wohlstand, Macht und Ansehen letzten Endes das Schicksal und die Zukunft des Volkes sichern, sondern allein die sittliche Kraft, die ihm innewohnt. In diesen Worten liegt eine tiefgreifende Erläuterung zu den Bemühungen des Monarchen, allen wertvollen Lebensäußerungen der Nation die Bahn zu ebnen.

München, 26. Jan. Die „Bayerische Staatszeitung" bringt heute einen offiziösen Artikel mit der Ueberschrift „Der Kaiser", in dem es heißt:

„Das deutsche Volk blickt mit Gefühl freudigen Stolzes und hoher Verehrung nach der Reichshauptstadt und gedenkt in aufrichtiger Dankbarkeit all dessen, was Kaiser Wilhelm II. in einem Vierteljahrhundert unablässiger Sorge und Arbeit für des Reiches Glanz und Ehre geleistet und errungen hat. Die Feier seines 25jährigen Regierungsjubiläums hat vor der ganzen Welt sicheres Zeugnis dafür abgelegt, welche reiche Ernte dem Kaiser aus der Saat hingebender Pflichterfüllung und umfassender Tätigkeit erblüht ist, die er, den Blick unverrückbar auf die der Nation gemeinsamen Interssen gerichtet, gesät hat. An jenem denkwürdigen Tage, dem auch das Ausland eine sympathische Anteilnahme bezeugte, ist das Bewußtsein der unlöslichen Zusammengehörigkeit, in dem die deutschen Fürsten und Stämme sich verbunden fühlen, klar zum Ausdruck gekommen. Der Ernst, mit dem die öffentliche Meinung sich zu diesem nationalen Empfinden bekannte, bewies auch, daß die auf den Schlachtfeldern der Jahre 1870/71 in gemeinsamem Ringen erstrittene Eintracht in diesem Bewußtsein des deutschen Volkes verankert ist und daß nichts und niemand diese Eintracht je mit Aussicht auf mehr als einen Eintagserfolg wird stören können. Dieses Bewußtsein unserer nationalen Stärke und inneren Geschlossenheit hat bei der Gedächtnisfeier für 1813 wiederholt eine Belebung und Kräftigung erfahren. Im Zusammenhang damit ist anläßlich der Verabschiedung der Wehrvorlage der unbeugsame Wille Deutschlands zum Ausdruck gekommen, daß das mit so großen Opfern errungene Gut der nationalen Einigung gegen jeden Angriff und gegen jede feindliche Konstellation zu schützen. Deutschland hat sich gewöhnt, im Kaiser den treuen Hort nicht nur unserer nationalen Einigung, sondern auch der verfassungsmäßigen Selbstständigkeit der Bundesstaaten zu erblicken. Alle Gaue und Städte des deutschen Vaterlandes entbieten daher dem Kaiser heute den Gruß vertrauensvoller Treue und Ergebenheit. An erster Stelle steht unter ihnen das bayerische Volk mit seinem geliebten König. Es begleitet den Geburtstag des Kaisers mit dem von Herzen kommenden Wunsche: Gott schütze, Gott segne und erhalte unsern Kaiser!

*

Budapest, 26. Jan. Der Budapester Verein der Reichsdeutschen feierte in Anwesenheit vieler Gäste heute abend den Geburtstag Kaiser Wilhelms. Generalkonsul Graf von Fürstenberg-Stammheim brachte das Hoch auf Kaiser Wilhelm und König Franz Josef aus. Sodann sandte die Festversammlung ein Huldigungstelegramm an den Kaiser.

Telegramme und neueste Nachrichten

Mainz, 26. Jan. Die „Deutsche Weinzeitung" teilt mit, daß die schwedische Regierung ein Gesetz plane, das die Einfuhr berauschender Getränke, auch des Weines einschränken soll. Privatpersonen sollen Weine aus dem Auslande überhaupt nicht beziehen dürfen, sondern nur schwedische Gesellschaften, denen der Kleinverkauf übertragen wird.

Berlin, 26. Jan. Der Thronfolger von Rumänien Prinz Ferdinand stattete heute mittag dem Reichskanzler einen längeren Besuch ab.

Berlin, 27. Jan. Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers sind die General-Inspekteure von Heeringen und v. Kluck sowie der Chef des Großen Generalstabes von Moltke zu General-Obersten befördert worden.

Berlin, 27. Jan. Der aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers in der deutschen Botschaft veranstaltete Empfang, dem über 100 Mitglieder der deutschen Kolonie beiwohnten, gestaltete sich zu einer glanzvollen patriotischen Feier. Botschafter Freiherr von Schön brachte in beredten Worten einen begeistert aufgenommenen Trinkspruch auf den Kaiser aus.

Stockholm, 26. Jan. Der König beauftragte den Hofmarschall Printzskjöld und den Landeshauptmann Hammerskjöld nach Petersburg zu reisen, um mit zwei von dem Kaiser bestimmten Persönlichkeiten über die Regelung der Ehescheidungsangelegenheit zwischen dem Herzog und der Herzogin Södermanland zu verhandeln.

Madrid, 26. Jan. Die spanische Kolonie in Argentinien hatte den Ministerpräsidenten Dato ersucht, ihr einen Vertreter in den Cortes zu bewilligen. Dato erwiderte, daß zur Erfüllung dieses Wunsches eine Verfassungsänderung notwendig wäre. Dieselbe Antwort wird den spanischen Kolonien in Kuba und Mexiko erteilt werden, welche ebenfalls den Wunsch nach einer Vertretung in den Cortes erhoben.

Madrid, 26. Jan. Bezüglich des Gerüchtes, daß der König sich im Laufe des Sommers nach Argentinien begeben wolle, wird vom Ministerpräsidenten Dato erklärt, er habe zwar über diesen Reiseplan mit dem argentinischen Gesandten gesprochen, doch sei die Reise aus sachlichen Gründen unmöglich.

Lissabon, 27. Jan. Gestern fand zu Ehren des Ministerpräsidenten Costa eine Kundgebung auf dem Riciaplatze statt. Eine Bombe explodierte; mehrere Personen wurden verletzt.

Johannesburg, 26. Jan. Der Sekretär der Ortsgruppe der Arbeiterpartei in Springe ist zu einem Monat Zwangsarbeit und zu 500 Mark Geldbuße verurteilt worden, weil er die Eingeborenen in den Bergwerken zwangsweise zum Streik aufgefordert hatte.

Durban, 26. Jan. Der Eisenbahnerstreik ist für beendet erklärt worden.

Douglas (Arizona), 26. Jan. General Carranza erklärt in einem Erlaß die Chinesen für eine Gefahr der mexikanischen Nation und verbietet ihre Einwanderung in Mexiko, ausgenommen unter der Bedingung, daß sie das Ausschließungsgesetz der Vereinigten Staaten einhalten. Die Chinesen, in deren Händen sich fast alle kleinen Geschäfte in Sonora befinden, wollen bei dem chinesischen Gesandten in Washington Protest erheben.

*

Wien, 26. Jan. Um die seit einiger Zeit herrschenden Unstimmigkeiten im Buchdruckergewerbe beizulegen, fanden am 25. d. M. im Handelsministerium unter Leitung des Sektionschefs Dr. Mataja Besprechungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Gehilfenschaft statt. Gleichzeitig hat das Handelsministerium das Tarifamt der deutschen Buchdrucker in Berlin eingeladen, einige seiner Mitglieder als Sachverständige zu den Beratungen zu entsenden.

Berlin, 26. Jan. Einbrecher stahlen gestern aus dem Juwelier-Geschäft von Seidel im Passagekaufhaus Wertsachen in Höhe von über 20 000 Mk.

Berlin, 26. Jan. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Schwäbisch-Hall: Die frühere Erzieherin der deutschen Kaiserin, Johanna Lebküchner, ist im 76. Lebensjahre im hiesigen Diakonissenhause, wo sie ihren Lebensabend verbrachte, gestorben.

Madrid, 26. Jan. Auf dem Militärflugplatz von Cuatrovientos ist Leutnant Ramos, der Sohn eines Generals, aus 300 Meter abgestürzt. Er war sofort tot.

Bellinzona, 26. Jan. Der Präsident des Verwaltungsrats der Banca Cantonale Ticinese, Stoffel, ist nach einem Verhör verhaftet worden. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit der übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats.

Paris, 26. Jan. Heute nachmittag wurde hier das von einer Baugesellschaft für die Neue Eduard VII.-Straße gestiftete Reiterstandbild des verstorbenen Königs Eduard enthüllt.

London, 26. Jan. Die Streiklage zeigt heute keine wesentliche Aenderung. Die Mehrzahl der Kohlenträger scheint zur Fortsetzung des Kampfes entschlossen zu sein und hat das Anerbieten einer schiedsgerichtlichen Regelung durch die Londoner Handelskammer abgelehnt. Eine Anzahl von Arbeitern ist indessen zur Arbeit zurückgekehrt. Ferner steht eine Anzahl nichtorganisierter Arbeiter zur Verfügung. — Infolge der Aussperrung im Baugewerbe sind fast alle Bauarbeiten zum Stillstand gekommen.

Riga, 26. Jan. Durch den Eisbrecher „Jermak" sind 13 Dampfer aus dem Eis befreit worden. Von diesen wurden acht in den Hafen eingeschleppt, die anderen wurden durch Wind in südwestlicher Richtung angetrieben. Heute sind „Jermak" und „Herkules" zehn Dampfern zu Hilfe gekommen, die Riga am 19. d. M. verlassen hatten und durch Treibeis nach Nekubad und Pernow zu abgetrieben wurden. Die Arbeit der Eisbrecher ist durch Sturm, Nebel und Regen sehr erschwert.

Riga, 27. Jan. Zwei Eisbrecher mit vier Dampfern sind hier eingetroffen. Zwanzig Dampfer sind noch im Eise eingeschlossen. Auf dem Meere weht heftiger Südweststurm.

Liverpool 27. Jan. Gestern abend entstand an Bord der „Mauritania", die hier im Dock liegt, eine Explosion, durch die mehrere Personen verletzt wurden.

Ismail (Bessarabien), 26. Jan. Da die Donau durch Eisblöcke und Schneemassen verstopft ist, trat eine Ueberschwemmung ein, die großen Schaden für die an den Flußufern ansässige Bevölkerung Bessarabiens verursachte. Viele Häuser stehen unter Wasser. Die Behörden haben eine Hilfsaktion eingeleitet. Viele fremde, mit Getreide beladenen Schiffe liegen bei Ismail, Kilia und Reni im Eise fest.

Für den Wahlfond

(Reichstags-Nachwahl Offenburg) gingen bei uns ein: Bisher 95.39 Mk., Kath. Männerverein der Weststadt, Tellersammlung bei der Hauptversammlung, 14.10 Mk. Zusammen 109.49 Mk.

Wir bitten dringend um gütige weitere Spenden. Von auswärts mittels Zahlkarte, Postscheck Karlsruhe 4844.

Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters"

Tages-Kalender.

Dienstag, 24. Januar.

Kath. Gesellenverein. Halb 9 Uhr Turnstunde.
„Fidelitas". 9 Uhr Vereinsabend.

Leopold Kölsch
Karlsruhe — Kaiserstraße 211
Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige
Inventur-Räumungs-Verkauf
beginnt
Montag, den 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!

Schaller's Tee
denkbar grösste Auswahl
Ceylon, China, Indien, Java etc.
¼ Pfd. à 60, 70, 75, 80, 90, 1.-, 1.10, 1.30, 1.50
Tee-Spezial-Haus
Carl Schaller
Erbprinzenstr. 40 Großh. Hoflieferant

Es ist kein Kunststück

auch mit einer wenig geübten Nase

sofort eine Eckstein-Cigarette herauszufinden.

Eckstein's **DA CAPO**-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden
Grösste deutsche Zigarettenfabrik nach Arbeiterzahl (ca. 2300 Arbeiter)
Stück 3 bis 10 Pfg.
Trustfrei

26
Dienstmädchen
suchen noch

nach dem allerbesten Schuhputzmittel. Alle anderen haben dasselbe in Pilo schon längst gefunden und bestehen immer darauf, in jedem Laden nur das hervorragend gute Pilo zu erhalten. Spielende Arbeit, hochfeiner Glanz, zufriedene Gesichter.

Pilo schwarz, braun, gelb, weiß.

Elsässer Restegeschäft
Viktoriastrasse 10 III.
Grosser **Inventurverkauf**
in
Resten aller Art
in Samt, Wasch- u. Wollstoffe, Kostüme, Blusen, Bett-, Leib- und Tischwäsche, Gardinen, Stores etc. Waschestickereien, Madapolam besonders billig. Grosse Auswahl. Besuch sehr lohnend.
Keine Ladenspesen, daher billige Preise.

Frachtbriefe (mit und ohne Firma-Eindruck) liefert prompt und billigst
„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei.

Die Maskengarderobe von Herrmann

befindet sich Herrenstraße 22 zwischen Kaiserstraße und Erbprinzenstraße
und empfiehlt leih- und kaufweise die schönste und reichhaltigste Auswahl von
Herren- und Damen-Kostümen, Dominos.
Stilgerechte Anfertigung nach Bestellung billigst.